

Bürgerinitiative Havixbeck

Von-Galen-Ring 37

48329 Havixbeck

Email: Golisch-Havixbeck@t-online.de

Havixbeck, den

An den

Rat der Gemeinde Havixbeck

Willi-Richter-Platz 1

48329 Havixbeck

Antrag auf Beschlussfassung für eine Resolution zur Abschaffung von Straßenbaubeiträgen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Möltgen,

sehr geehrte Damen und Herren,

die Bürgerinitiative Havixbeck beantragt hiermit gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land NRW, dass der Rat der Gemeinde Havixbeck die folgende Resolution zur Abschaffung von Straßenbaubeiträgen beschließen und der Staatskanzlei zuleiten möge.

Resolution:

„Die Landesregierung von NRW wird aufgefordert, die Bürger durch eine Gesetzesänderung von der Pflicht zur Zahlung von Straßenbaubeiträgen zu befreien, da diese ungerecht sind. Die Nutzung der Straßen erfolgt fast immer durch die Allgemeinheit und beschränkt sich nicht nur auf die Anlieger. Der § 8 des Kommunalabgabengesetz für das Land NRW soll dahingehend geändert werden, dass die Rechtsgrundlage für Straßenbaubeiträge abgeschafft wird und somit Kommunen keine Ausbaubeiträge mehr von den anliegenden Grundstückseigentümern zu erheben brauchen. Die Einnahmeausfälle der Kommunen sollen durch einheitliche und zweckgebundene Zuweisungen des Landes an die Kommunen kompensiert werden.

Straßen zu bauen und diese wieder instand zu setzen, ist eine klassische Aufgabe der öffentlichen Hand im Rahmen der allgemeinen Daseinsvorsorge. Die Ausgaben für den Straßenbau müssen grundsätzlich steuerfinanziert sein und nicht über Straßenbaubeiträge umgelegt werden. Zumal die angeblichen „Vorteile“ für die Anlieger bei einer Straßensanierung nicht immer objektiv messbar sind.

Die Straßenbaubeiträge überfordern oft die Hausbesitzer als betroffene Anlieger unverhältnismäßig und sind teilweise existenzbedrohend. Besonders ältere Menschen und junge Familien geraten nicht

selten durch die Beitragsbescheide der Kommunen in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten.

Die Straßenbaubeiträge sind daher mittlerweile in vielen Bundesländern in erhebliche Kritik geraten und zum Teil schon abgeschafft worden. Nordrhein-Westfalen ist inzwischen das einzige Flächenland in Deutschland, das seine Kommunen zwingt, diese Beiträge von den Anliegern zu erheben. Eine bundesweite Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger sollte weiterhin als ein wesentliches Ziel zusätzlich angestrebt werden.“

Mit freundlichen Grüßen

(Bernd Golisch / BI-Sprecher)